vinz Hessen-Nassau Haas, die Regierungspräsidenten Dr. Hitzner in Frankfurt a. Oder., Simons in Liegnitz, Weber in Magdeburg, von Harnack in Merseburg, Dr. Herbst in Lüneburg, Dr. Amelunxen in Münster i. W., die Polizeipräsidenten Litze in Königsberg, Dietrich in Kiel, Bauknecht in Köln, Frängel in Elbing, Schöbel in Hagen i. W., Hohenstein in Kassel, Ossowski in Oppeln, Eggerstedt in Altona, die Polizeidirektoren Polizeipräsident Mai in Wilhelmshaven, Dr. Thiemann in Schneidemühl.

Soweit eine Neubesetzung der frei gewordenen Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Wartestandsbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

Amerikanische Blätterstimmen zu den Vorgängen in Preußen

Neuyork, 21. Juli. Die amerikanischen Blätter bringen die gestrigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen Preußen in großer Aufmachung auf der ersten Seite. „New York Times" will in ihnen die Wiederbehauptung des alten deutschen Instinktes für öffentliche Ordnung erblicken. Dieser Beweis der Energie der Regierung sollte, so meint das Blatt, bei den kommenden Reichstagswahlen die Stimmen für Hitler herabdrücken. Hitlers ständige Behauptung sei, daß nur er Deutschland eine wirklich starke Regierung geben könne, die innere Unruhen unterdrücke und den fremden Nationen eine entschlossene Front biete. Nun dürfte er sich beklagen, daß der Kanzler ihm seinen „Donner" genommen habe. „Herald Tribune" bemerkt, man dürfe nicht vergessen, daß die Reichswehr die einzige Polizeiorganisation sei, die von Hitlers Gefolgschaft respektiert werde.

Die politische Rundfunkwoche

Berlin, 22. Juli. Die parteipolitische Rednerreihe für den Wahlkampf im deutschen Rundfunk eröffnen am Montag der christlich-soziale Abgeordnete Simpfendörfer und von Hauschild von der Deutschen Landvolkpartei. Am Dienstag folgt Minister Dietrich von der Staatspartei und Dr. Pfeiffer oder Schwendt von der Bayerischen Volkspartei, am Mittwoch Drewitz von der Wirtschaftspartei und Dingeldey von der Deutschen Volkspartei, am Donnerstag Hugenberg für die Deutschnationale Volkspartei und Dr. Brüning für das Zentrum. Der erste Vortrag findet regelmäßig von 7 bis 7.25 Uhr statt, der zweite dauert bis 7.50 Uhr. Am Freitag folgt dann eine Rundfunkübertragung voraussichtlich von München her, in der der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, oder der Reichsorganisationsleiter der NSDAP., Gregor Straßer, sprechen wird. Am Sonnabend spricht Otto Wels für die Sozialdemokraten. Die Reihenfolge der Vortragenden wurde paritätisch nach der Größe der Partei vorgenommen.

Ernennung von Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst

Berlin, 21. Juli. Auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den freiwilligen Arbeitsdienst im Bereich ihres Amtsbezirks ernannt.

Der Reichskanzler lädt die Ministerpräsidenten der Länder zu einer Konferenz nach Stuttgart ein

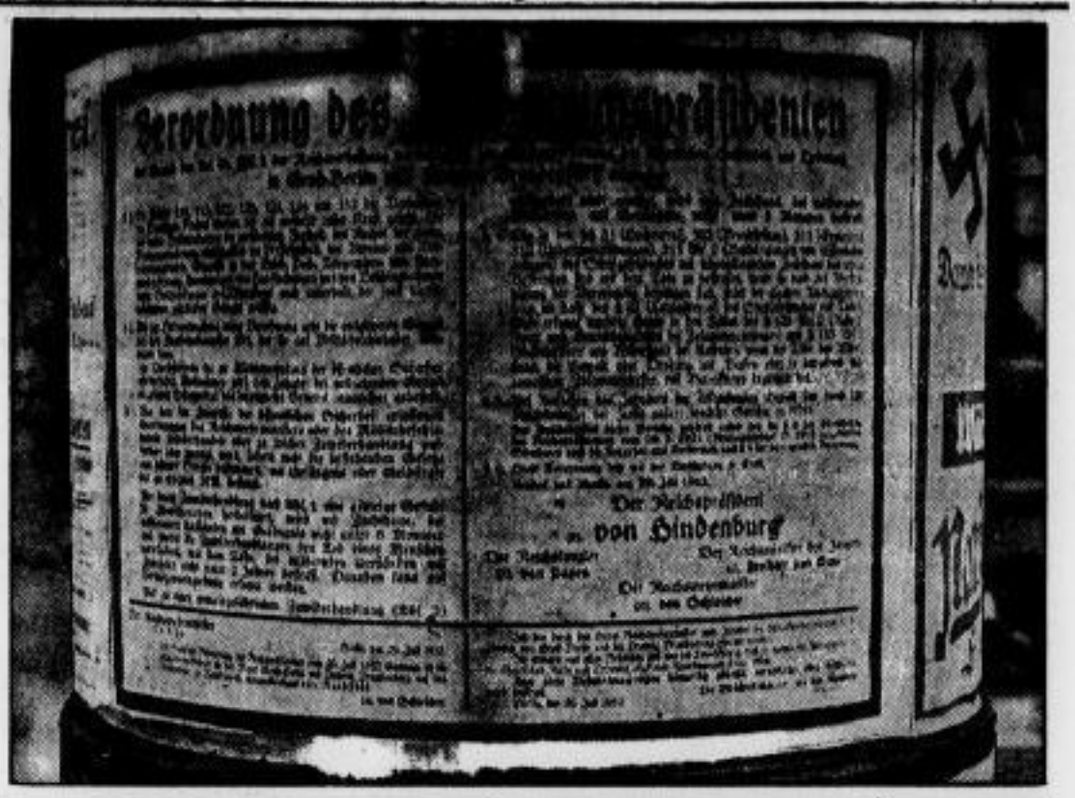
Stuttgart, 21. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Sonnabend, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Ein Interview des Reichskanzlers

Berlin, 21. Juli. Reichskanzler von Papen hat dem Berliner Vertreter des „Popolo d'Italia" (Mailand) ein Interview gewährt und dabei über die italienische Haltung in Lausanne und Genf u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Das energische Eintreten Italiens für eine friedliche Revision des Versailler Vertrages hat in der ganzen Welt berechtigten Eindruck gemacht und das Schlagwort, das Ihr Herr Ministerpräsident für die endgültige Heilung der Nachkriegswehen schuf, jenes Wort vom „Schwamm drüberl" hat vielleicht mehr zur Erkenntnis der gefährlichen Lage, in der Europa schwebt, beigetragen, als Dutzende von Noten und Zeitungsartikeln. Zu dem Donauproblem sagte er u. a.: Die deutsche Regierung hält eine dauernde Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum nur dann für möglich, wenn die großen Industriestaaten, wie Italien und Deutschland, in einem, den tatsächlichen Bedürfnissen der betreffenden Länder gerecht werdenden Sanierungsprozeß einbezogen werden. Bezüglich Deutschlands Haltung auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz heißt es in dem Interview: Deutschland wird sein Möglichstes dazu beitragen, um unter selbstverständlicher Wahrung eigener Interessen wieder normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern herzustellen. Sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, wird die deutsche Regierung mit dem Abbau der durch die internationale Wirtschafts- und Kreditkrise erzwungenen Schutzmaßnahmen, z. B. auf dem Gebiet der Devisenbeschränkungen, nicht zögern. Das Ergebnis des in Lausanne begonnenen Werkes der Wiederherstellung einer politischen und wirtschaftlichen Vertrauensatmosphäre in Europa, so fuhr der Reichskanzler fort, wird sich erst übersehen lassen, wenn auch die von mir hier aufgeführten Fragen gelöst sind. Dabei wird man sich darüber klar sein müssen, daß nur ganz großzügige, von kleinlichem Selbstinteresse freie Lösungen das Ergebnis herbeiführen können, nach dem sich alle Welt sehnt: Eine neue Wohlstandsperiode für alle Länder. Lausanne hat leider den möglichen psychologischen Erfolg nicht haben können, weil die Erkenntnis für die Forderungen der Zeit noch nicht bei allen Beteiligten ausreichend stark war. Man muß hoffen, daß die Einsicht in den Monaten, die uns noch von der Weltwirtschaftskonferenz trennen, reift, damit die noch zwischen den Völkern liegenden Schutthaufen fortgeräumt werden und die Nationen im Geiste wahren Friedens an dem Wiederaufbau Europas herangehen können.

Dieses Plakat verkündete den Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg



Die Verordnung des Reichspräsidenten, durch die der militärische Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg erklärt wurde und die an allen Litfaßsäulen angeschlagen wurde. Die Verordnung ist durch den Reichskanzler sowie den Reichsinnenminister und den Reichswehrminister gegengezeichnet.

Die polizeiliche Besetzung des Liebknecht-Hauses in Berlin

Starke Schupo-Abteilung vor dem Berliner Karl Liebknecht-Haus, in dem mehrere Organisationen der Zentralorganisation der kommunistischen Partei ihren Sitz haben. Das Gebäude wurde besetzt, um Flugblätter, die zum Generalstreik auffordern sollen, zu beschlagnahmen.

Reichsregierung und wirtschaftliches Aufbauprogramm

Berlin, 21. Juli. Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett um 11 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich im Wesentlichen mit der Fortführung der Beratungen über das wirtschaftliche Aufbauprogramm beschäftigt. Das Reichskabinett will das Problem des Aufbauprogramms jetzt mit verstärkter Energie vorwärtstreiben. Das wird umso eher möglich sein, als die spannungsvolle Aktualität der preußischen Dinge schon recht bald wieder einer ruhigeren Betrachtungsweise Platz machen dürfte. Es sind zwar in der preußischen Politik einige weitere Maßnahmen, namentlich auf personellem Gebiet zu erwarten. Es ist aber nicht richtig, daß der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, Dr. Zweigert, wie ein Berliner Morgenblatt behauptet, die Absicht hat, zurückzutreten. In Preußen selbst geht die Entwicklung in der vom Reichskanzler gewünschten Art weiter. Dr. Bracht hat neben der Leitung des Innenministeriums auch die Geschäfte des Staatssekretärs des Staatsministeriums übernommen, nachdem der bisherige Staatssekretär Dr. Weißmann um seine Pensionierung eingekommen ist. Schließlich ist noch zu betonen, daß unterrichtete Kreise mit einer sehr baldigen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und Brandenburg rechnen, und zwar vielleicht schon für morgen. Auch davon verspricht man sich einen günstigen Einfluß auf die Oeffentlichkeit in der Richtung einer weiteren Entspannung und Beruhigung.

5492000 Arbeitslose

Zunahme um 16 000 im Reiche

Berlin, 21. Juli. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1932 ist, wie in den Vorjahren eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. Am 15. d. M., waren bei den Arbeitsämtern rund 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16 000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonaußenberufe ließ nach. Während in den Bezirken Ostpreußen, Pommern, Niedersachsen und Westfalen, in geringem Umfange auch in Schlesien, die Zahl der Arbeitslosen noch abgenommen hat, ist in Brandenburg, in der Nordmark, im Rheinland, in Sachsen und Bayern ein gewisser Rückschlag eingetreten. Auch in Südwestdeutschland stieg die Zahl der Arbeitslosen etwas. In den Bezirken Mitteldeutschland und Hessen war ein Stillstand zu verzeichnen. Im Gegensatz zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht unerheblich zurückgegangen, eine Entwickelung, die überwiegend auf Aussteuerungen infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Juli rund 875 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt nach einem Rückgang um rund 68 000. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 1 490 000 Arbeitslose betreut, d. h. rund 54000 weniger als Ende Juli. In diesen beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen wurden mithin rund 2 365 000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Zeitpunkt schätzungsweise 2,2 Millionen Wohlfahrtserwerbslose (Ende Juni 2 168 000) gegenüberstehen dürften.

Das „Berliner Acht-Uhr-Abendblatt" für 4 Tage verboten

Berlin, 21. Juli. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat auf Grund der §§ 1 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Erscheinen des „Acht-Uhr-Abendblattes" auf die Dauer von vier Tagen, für die Zeit vom 22. bis 25. Juli, verboten. Dieses Verbot gilt auch für jede Zeitung, die als Ersatz für die verbotene neu herausgegeben oder ihren Beziehern zugestellt wird. — Wie WTB. dazu erfährt, liegen die Gründe für das Verbot in einer Karrikatur, die den Reichskanzler an einer besetzten Tafel darstellt, Wein trinkend und dabei Notverordnungen herausgebend.

Wieder Litfaßsäulenbrände

Berlin, 21. Juli. Mehrere Litfaßsäulen wurden heute abend durch unbekannte Täter in Brand gesteckt. In allen Fällen konnte die Feuerwehr bezw. Polizeibeamte die Brände schnell löschen.

Die Druckerei der Roten Fahne geschlossen

Berlin, 21. Juli. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde auf Anordnung des Militärbefehlshabers die kommunistische Citydruckerei im Liebknechthause von Beamten der politischen Abteilung und der Schutzpolizei besetzt und geschlossen, weil in dieser Druckerei Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik hergestellt worden sind. Wegen der Schließung der Druckerei konnte heute die Rote Fahne nicht erscheinen.

Hundert kommunistische Flugblattverteiler festgenommen

Berlin, 21. Juli. Im Laufe des heutigen Vormittags wurden in den verschiedensten Stadtteilen Berlins zahlreiche Kommunisten festgenommen, die an Passanten Flugblätter verteilten, in denen zum Massenstreik aufgefordert wird. Die Flugblattverteiler wurden in Sammeltransporten auf Lastkraftwagen in das Polizeipräsidium eingeliefert, während die Flugblätter beschlagnahmt worden sind. Insgesamt wurden rund hundert Personen festgenommen.

Sühne für einen kommunistischen Feuerüberfall

Dortmund, 21. Juli. Wegen des Feuerüberfalles auf Nationalsozialisten am 20. Februar, bei dem ein Nationalsozialist durch einen Brustschuß getötet wurde, wurden elf Kommunisten vom Dortmunder Schwurgericht abgeurteilt. Wegen Totschlags wurde der Anführer der Kommunisten, ein 29 Jahre alter Bergmann, zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem Jahr drei Monaten bis zu zwei Jahren drei Monaten.

Ein Amtsvorsteher ermordet

Stettin, 21. Juli. Im Ostseebad Zingst wurde gestern abend der dortige Amtsvorsteher Köthur ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Ruhestörungen kam, ermahnte Köthur einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ er die Versammlung. Der von ihm verwarnte Kommunist folgte ihm und versetzte ihm einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden. Er weigerte sich bisher, seinen Namen zu nennen. Der ermordete Amtsvorsteher war ein ruhiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.

Das 17. Todesopfer in Altona

Altona, 21. Juli. Nach Mitteilung des städtischen Pressamtes ist im Krankenhause ein weiterer Schwerverletzter der Unruhen vom Sonntag gestorben. Es handelt sich um einen 23jährigen Mann namens Erwin Geß. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf 17 gestiegen.